



14.09.2007 | Nr. 341/07

Heike Franzen: zu TOP 18: Die Ernährung unserer Kinder darf nicht verstaatlicht werden

Die gute Entwicklung von Kindern in unserer Gesellschaft sollte uns allen eine Herzensangelegenheit sein. Eine gesunde und ausgewogene Ernährung, ausreichend Bewegung und die Kenntnisse um die Gesundheit sind wichtige Voraussetzungen, damit sich Kinder optimal entwickeln können. Der Ausspruch von dem römischen Dichter Juvenal: Mens sana in corpore sano. Ein gesunder Geist in einem gesunden Körper!“ ist auch heute noch richtig.

Unsere Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren extrem schnell verändert. Viele Dinge haben Maschinen für uns übernommen: Wo man früher gelaufen ist oder mit dem Fahrrad fuhr, nehmen wir heute das Auto.

Ebenso ist es im Bereich der Ernährung. Früher gab es keine Fertigprodukte und heute sind sie aus keinem Supermarkt mehr weg zu denken. Und alles ist ja so bequem, schnell und einfach.

In vielen Familien ist das Wissen, um die Zubereitung von frischen Mahlzeiten schlicht verloren gegangen und somit werden Kinder auch zunehmend weniger mit frischen Produkten in den Familien vertraut gemacht.

Die Folgen dieser Entwicklung sind in mehreren Studien nach zu lesen. Die Zahl der dicken Kinder und Erwachsenen nimmt zu, ebenso wie die damit verbundenen Folgeerkrankungen. Auch Essstörungen wie Magersucht – insbesondere bei den Mädchen – stehen sicherlich in Verbindung mit der Unwissenheit über ein normales Essverhalten.

Umso wichtiger ist es, junge Familien und ihren Kindern den Umgang mit einer ausgewogenen Ernährung und Bewegung wieder näher zu bringen. Wir wollen mit unserem Berichtsantrag zur Dezembersitzung von der Landesregierung wissen, wie die Themen Gesundheit, Ernährung und Bewegung in Kindertagesstätten umgesetzt und weiterentwickelt werden.

Was wir nicht wollen, ist die Verstaatlichung der Ernährung unserer Kinder, wie sie in dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen durchschimmert. Die erste Verantwortung für die Erziehung und auch die Ernährung von Kindern liegt nicht beim Staat, sondern immer noch bei den Eltern und wir sind auch nicht bereit, die Eltern aus dieser Verantwortung für ihre Kinder zu entlassen.

Sie fordern verbindliche Qualitätsstandards für Mittagsmahlzeiten, Leitlinien für ein gesundes Frühstück in Kindertagesstätten, den Verbot des Verkaufs von stark zucker-, fett- und salzhaltigen Lebensmitteln durch Erlass – den es übrigens bereits seit Jahren gibt - der ein klares Schwergewicht auf gesunde, vollwertige, frische,

regionale bzw. fair gehandelte Produkte legt. Zudem kommt die Forderung nach qualifiziertem hauswirtschaftlichem Personal, um die Qualität der Mahlzeiten sicherstellen zu können. Diese Mahlzeiten sollen dann für die Kinder nicht teurer als durchschnittlich 2,50 € sein und für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen nicht mehr als 1,00 € kosten. Ich frage mich, wer das leisten können soll. Ich will Ihnen mal ein Beispiel nennen. Die Truppenküchen der Bundeswehr müssen ohne Einnahmegewinne arbeiten. Selbst hier liegt der durchschnittliche Satz für ein Mittagessen bei 2,67 €, ohne Personal-, Energie- und Zusatzkosten. Und das ist auch nur möglich, weil hier in entsprechend großen Mengen gekocht werden kann. Aber auch dafür haben Sie eine Lösung, den Rest sollen das Land und die Kommunen finanzieren. Ebenso wie den Ausbau von Schulkantinen und Werkstatträumen der Ernährungs- und Verbraucherbildung. Wie Sie das finanzieren wollen, bleibt allerdings Ihr Geheimnis. Ganz zu schweigen davon, dass Sie mit ihren Ansprüchen nahezu alle guten Bemühungen von Kindertagesstätten und Ganztagschulen, eine Mittagsmahlzeit zuzubereiten, zu Nichte machen.

Das kann aber nicht Ziel einer Politik für eine gesunde Entwicklung von Kindern sein und deshalb werden wir auch Ihren Antrag ablehnen. Viel mehr müssen wir die Kinder und Eltern motivieren, sich mit der Frage einer ausgewogenen Ernährung zu beschäftigen. Sie spielerisch und mit Spaß an die Zubereitung von Mahlzeiten heranführen. Und zu einer ausgewogenen Ernährung gehört auch der verantwortungsbewusste Umgang mit Fastfood oder Fertigprodukten. Essen ist auch Genuss und nicht jedes Eis, das eine Lehrerin am Ende des Schuljahres Ihrer Klasse ausgibt, ist hier zu verurteilen.

Andere Bereiche Ihres Antrages wie die Weiterbildungsangebote für Erzieher und Lehrkräfte oder die Einbindung von gesunder Ernährung in Bildungsleitlinien sind längst eingesetzt und müssen hier nicht noch einmal beschlossen werden.

Ich bin davon überzeugt, dass uns der Bericht im Dezember eine gute Übersicht bieten wird, was in den Kindertagesstätten und Schulen bereits passiert und wie eine mögliche Weiterentwicklung aussehen kann.